

# Was Kommunen den Firmen abkupfern können

**Luzern** Experten des Gemeinwesens haben an einer Tagung der Wirtschaftsprüferin BDO erörtert, wo privatwirtschaftliches Gedankengut bei der öffentlichen Hand Platz hat – und wo der Unternehmergeist in Kommunen an Grenzen stösst.

«Gemeinde Kerns an Chinesen verkauft» – so knackig die Schlagzeile wäre: Geht es nach dem Inwilner FDP-Kantonsrat Fabian Peter, dem Obwaldner CVP-Ständerat Erich Ettlín und Christoph Niederberger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbands, wird Kerns in zehn Jahren nicht die Gründung einer Gemeinde AG verkünden. Wie gewinn- oder serviceorientiert eine Kommune heutzutage sein muss, diskutierten die drei gestern zusammen mit Daniel Probst, Direktor der Solothurner Handelskammer, an der Gemeindetagung der Wirtschaftsprüfung-, Treuhand- und Beratungsgesellschaft BDO.

Die Runde im KKL war sich einig: Geht es um die Erwartungshaltung der Bürger, wird eine Gemeinde als Dienstleisterin wahrgenommen. BDO-Partner Ettlín zog den Vergleich zum Online-Versandhändler Amazon: Jeder wolle vollen Service, am liebsten rund um die Uhr. Dennoch gebe es einen gewichtigen Unterschied: das Streben nach Profit. «Eine Gemeindeverwaltung muss möglichst effizient mit

Steuergeldern umgehen, ein Überschuss ist nicht nötig.»

## Massengeschäfte sollen digitalisiert werden

Wie die 185 Anwesenden Regierungsratskandidat Peter entnehmen konnten, ist es nötiger denn je, Wünschbares von Notwendigem zu trennen. Massengeschäfte sollten wenn möglich digitalisiert werden. «Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe aber wird es immer Menschen brauchen, die die Gesuche prüfen.» Ettlín pflichtete bei. «Das Vertrauen wird die Währung der Zukunft sein.» Probst gab zu bedenken: «Zur Digitalisierung gehört nicht nur ein guter Online-Auftritt, sondern auch das Backoffice. Hier kann eine Software Arbeit abnehmen.» Er konstatierte, aufgrund der Gesetzgebung bestehe oft wenig Anreiz, effizient zu arbeiten. Würden gewisse Geschäfte wirtschaftlicher erledigt, habe dies im Extremfall einen Stellenabbau zur Folge. Niederberger vom Schweizerischen Gemeindeverband konterte, es brauche den regulierenden Staat. Als Beispiel führte er die Online-Vermietungsplatt-

form Airbnb an, die erst in wenigen Kantonen Beherbergungstaxen zahlen muss. Peter, auch Vertreter des Verbands der Luzerner Gemeinden («dem Gralshüter der Gemeindeautonomie») plädierte ebenfalls für Regulierung, sofern Gemeinden Handlungs-

---

«Verwaltungsangestellte müssen sich so einiges anhören.»

---



**Fabian Peter**  
FDP-Kantonsrat LU

spielraum hätten und sich ein Gesetz vernünftig umsetzen lasse.

Unter der Moderation von Kiki Maeder, bekannt aus der SRF-Sendung «Happy Day» wurde auch erörtert, weshalb Gemeinden oft Mühe bekunden, qualifizierte Angestellte zu fin-

---

«Das Vertrauen wird die Währung der Zukunft sein.»

---



**Erich Ettlín**  
CVP-Ständerat OW

den. Probst argumentierte mit der tiefen Arbeitslosigkeit und der Privatwirtschaft als Konkurrentin, die mit flexibleren Arbeitszeiten und besseren Löhnen auftrumpfen könne. Peter erwähnte die emotionale Komponente: «Oft fehlt der Respekt. Angestellte einer Verwaltung müssen sich so einiges anhören.» Er habe lernen müssen, dass sich die Ansprüche, möglichst viele miteinzubeziehen und zugleich rasch zu entscheiden, manchmal beissen.

## Von der Auslagerung profitiert die Agilität

Über Freiheiten des Markts – und Zwänge der Politik – referierte Ökonomin und CVP-Kantonsrätin Yvonne Hunkeler, Verwaltungsratspräsidentin bei den Verkehrsbetrieben Luzern (VBL) und den Basler Verkehrs-Betrieben (BVB). Während es sich bei den VBL um eine selbstständige, ausgelagerte Aktiengesellschaft im Besitz der Stadt Luzern handelt, sind die BVB eine öffentlich-rechtliche Anstalt im Besitz des Kantons Basel-Stadt. «Ohne den Eigner zu fragen, haben wir in Luzern die Fairtiq-Ticket-App aus-

probiert», so die Grosswangerin. Wegen steigender Billett-Verkäufe konnten 60 von 360 Ticket-Automaten abgebaut werden. Widerstandslos. In Basel-Stadt werfe dasselbe Thema politisch und medial derart hohe Wellen, dass man sich nicht mal getraue, nach der Zahl der Automaten zu fragen.

Mit Blick auf die unternehmerischen Freiheiten wäre die Idee einer Gemeinde AG also gar nicht so verwegen. Ob Kerns dereinst vielleicht doch an Chinesen verkauft wird, vermochte selbst ein weiterer Referent, Zukunftsforscher Georges T. Roos, nicht vorherzusehen. Zuversichtlich stimmte Wortakrobat Kilian Ziegler. Im Wort «Gemeinde» stecke «mind», englisch für Verstand. Der Slam Poet resümierte: «Wenn sich eine Gemeinde mit Verstand weiterentwickelt, dann ist sie bestimmt für die Zukunft gerüstet.»

**Evelyne Fischer**  
evelyne.fischer@luzernerzeitung.ch

**Hinweis**  
2020 findet die Gemeindetagung am 21. Januar statt. Die Teilnahme kostet rund 400 Franken.